

Postgewerkschaft (GPF) verurteilt Aussage Grassers zum Börsegang der Post

Utl.: Börsegang der Post im Frühjahr 2006 unrealistisch =

Wien (GPF/ÖGB) - Die Ankündigung von Finanzminister Grasser, dass ein Postbörsegang im Frühjahr realistisch sei, ist für die Postgewerkschaft absolut unverständlich. Offensichtlich beabsichtigt der Finanzminister dem heute, am 7.4.2005, tagenden ÖIAG -Aufsichtsrat Entscheidungen vorwegnehmen zu wollen. Anders könne man diese politische Einflussnahme nicht deuten. ++++

Niemand, Finanzminister Grasser eingeschlossen, hat sich scheinbar wirklich mit der Post und dem Postmarkt auseinandergesetzt. Hätte man sich wirklich damit auseinandergesetzt, so müsste auch Grasser klar sein, dass der Postmarkt entweder bereits seit Jahren vollkommen liberalisiert ist und die Post schon jahrelang ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis gestellt hat oder dass man selbst in der EU erst 2007 über die Zukunft des reservierten Bereiches im Briefbereich weitere Entscheidungen treffen will.

Dazu kommt, dass es in Europa keinen einzigen positiv verlaufenen Börsegang einer staatlichen Post gibt. Der Ausgabekurs der deutschen Postaktie im Jahr 2000 von knapp 25 Euro, wurde bis heute niemals wieder erreicht. Ähnliches gilt für die Aktien der holländischen Post.

Auch die Behauptung, ein Börsegang würde die Arbeitsplätze sichern, bezeichnet Vorsitzender Gerhard Fritz als Treppenwitz des Jahrhunderts. Die Leistungen der Kollegenschaft und die Akzeptanz der Postprodukte bei den Kunden sind die einzigen Faktoren, die Arbeitsplätze sichern.

Fritz hält die Aussagen Grassers zu diesem Thema einzig und allein für einen untauglichen Versuch von den Budgetproblemen der Regierung Schlüssel abzulenken, um weiter die schamlose Abkassierpolitik der Bundesregierung zu Lasten des wirklichen Eigentümers, der Österreichischen Bevölkerung weiter durchführen zu können.

Gerhard Fritz als Vertreter von ca. 26500 Kolleginnen und Kollegen lehnt die Vorhaben von Finanzminister Grasser auf das Entschiedenste ab und fordert alle zuständigen Manager und verantwortlichen

Politiker auf, ihre Verunsicherungspolitik umgehend einzustellen, die Postlerinnen und Postler in Ruhe arbeiten zu lassen und damit auch weiterhin eine leistungsfähige, den Kundendienstansprüchen gerecht werdende Post den ÖsterreicherInnen zur Verfügung zu stellen. Nur in einem solchen Unternehmen werden auch die Arbeitsplätze sicher sein, so Fritz abschließend.

ÖGB, 7. April
2005
Nr. 190

~

Rückfragehinweis:

Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten

Martin Palensky

Mobil: 0664 624 1206

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0193 2005-04-07/14:34

~

071434 Apr 05

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050407_OTS0193